

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Edelher-Post geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugspreis für beide Ausgaben: RM. 1.20 monatlich, RM. 3.60 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Belegkarte. Bei 4.65 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Belegkarte. — Bezugs-Verordnungen nehmen an allen Orten entgegen. In Wiesbaden die „Wiesbadener Zeitung“ 19. sowie die Ausgabebüros in allen Teilen der Stadt; in Vertrieb: die hiesigen Ausgabebüros und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Seite: 25 Pf. für örtliche Anzeigen; 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.50 RM. für örtliche Anzeigen; 2.50 RM. für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unwesentlicher Änderungen im kurzen Zeitraume entwerdender Nachdruck. — Anzeigen-Nachdruck: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Bülow 6202 und 6203.

Donnerstag, 14. März 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 123. • 66. Jahrgang.

## Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen mit den Polen.

Br. Wien, 13. März. (Fig. Drahtbericht. 3b.) „Kaperzod“ meldet aus Warschau: Die drei Vertreter der Zentrumspartei, Graf Konikow, Fürst Radziwill und Stankiewicz, die in Berlin mit den Vertretern des Hauptausschusses des Reichstags, Erzberger, David und Kaumann, konferierten, sind nach Warschau zurückgekehrt und haben den Entwurf einer durch die polnischen Parteien zu unterzeichnenden Deklaration

mitgebracht. In dieser Deklaration wird erklärt: Die Vertreter der aktivistischen Parteien sprechen die Überzeugung aus, daß die Basis der letzten Wochen nicht den Ausdruck eines feindseligen Willens des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit sind. Auf Grund dieser Überzeugung sind die Parteien bereit, weiterhin eine Grundlage zur positiven Verständigung mit dem deutschen Volke und seinen Verbündeten zu suchen. Als Grundlage einer solchen Verständigung soll ein politisches und wirtschaftliches Bündnis zwischen dem polnischen Staat und den Mittelmächten geschaffen werden, welches sich auf die Anerkennung der leidenschaftlichen vitalen Notwendigkeiten, sowohl im Frieden als auch im Kriege, stützt und wobei beide Parteien ihre Bereitwilligkeit erklären, die aus diesem Bündnis sich ergebenden Pflichten anzunehmen und zu erfüllen. In den vitalen Notwendigkeiten des polnischen Königreichs gehört die Sicherung der Staatsgrenzen, die Aufstellung einer nationalen Armee und die rasche Entwicklung der polnischen Verwaltung. Die aktivistischen Parteien wünschen für das polnische Staatswesen die möglichste Ausdehnung des Gebietes gegen Osten bei Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts. Unmöglich wird erklärt die Abtrennung irgendwelcher Gebiete vom Königreich Polen. Mit weiteren Landbesitzern, in welchen Staaten sie sich auch befinden mögen, wollen wir die kulturellen Verbindungen erhalten und verstärken, nach dem allgemeinen Friedensschluß können wir keine Einmischung in das freie selbständige Polen zulassen.

Die Vertreter des Zentrums behaupten, sobald die Deklaration durch die Parteien unterfertigt sein wird, wird sie der Hauptausschuss des Reichstags akzeptieren und der Regierung einen entsprechenden Antrag vorlegen. Die Unterfertigung soll bis zum 19. März stattfinden. Nach diesem Termin würde Deutschland die Verhandlungen für abgebrochen erachten.

## Die Bildung des neuen polnischen Kabinetts und dessen Aufgaben.

Br. Wien, 13. März. (Fig. Drahtbericht. 3b.) Der Finanzminister im Kabinett Rucharschewski Janow Stecgowski ist gestern nach mehrwöchigem Aufenthalt in Wien nach Warschau zurückgekehrt. Gleich nach seiner Rückkehr dürfte er, wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, zur Bildung der neuen polnischen Regierung schreiten, in der er das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen wird. Die Grundfragen zur Bildung der neuen Regierung sind in Unterredungen geschaffen worden, die Stecgowski in Berlin mit dem Reichskanzler und mit dem Vertreter der österreichisch-ungarischen Regierung, dem Ministerpräsidenten von Seidler und verschiedenen Führern des Polenklubs hatte. Die neue Regierung wird aus Hochmännern der verschiedenen zur bestehenden Ressorts gebildet werden. Die Regierung wird die Lösung eines ganz bestimmten Aufgabenkreises übernehmen, vor allem die selbständige polnische Verwaltung ausbauen, ferner neue Grundlagen für die Errichtung des polnischen Heeres schaffen, die Wiedereinberufung des polnischen Staatsrats durchführen und schließlich den Zusammenritt des polnischen Landtags vorbereiten. Den Mittelmächten gegenüber wird das Kabinett unter voller Wahrung der polnischen Forderungen als selbständiges unabhängiges Staatswesen nach dem schweren Konflikt der letzten Zeit eine Politik der Versöhnung einleiten. Im übrigen ist, wie von autoritativer Seite verlautet, in der nächsten Zeit eine neue Lösung des polnischen Problems durch die Mittelmächte zu erwarten. Wenn gleich die autropolnische Lösung, namentlich von österreichischer Seite, nicht als aufgehoben angesehen wird, so ist sie zugleich doch stark in den Hintergrund gedrückt. Insbesondere wird hier bekannt, daß die Erklärung des Grafen Seidler, Deutschland werde Polen gegenüber auf gewissen Grenzerechtigungen bestehen, vielfach eine weitgehende Auslegung gefunden hat.

## Vergeltung feindlicher Luftangriffe.

W. T.-B. Wien, 13. März. (Drahtbericht.) Amtlich verkündet vom 13. März, mittags: Österreichisch-ungarische und deutsche Truppen stehen vor Odesa.

In Venetien griffen zwei österreichisch-ungarische Kampfstaffeln zur Vergeltung feindlicher Luftangriffe den italienischen Flugplatz nordöstlich von Mestre an. Vier feindliche starkbewehrte Jagdstaffeln wurden überfallen, aus 300 bis 500 Meter Höhe mit Bomben beworfen und unter heftiger Maschinengewehrfeuer genommen. Eine italienische Flugzeughalle stürzte ein. Unsere Flieger kehrten vollständig zurück und bombardierten noch auf der Heimfahrt Treviso und die feindlichen Gräben an der Piave. In der Tiroler Front besetzte Oberleutnant Linke den 20. Berg im Luftkampf.

Der Chef des Generalstabs.

## Der letzte Fliegerangriff auf Paris.

Die Opfer.

W. T.-B. Paris, 13. März. (Drahtbericht. Agence Havas.) Bei dem feindlichen Luftangriff wurden in Paris selbst 29 Personen getötet und 50 verwundet, in der Banneife wurden 5 getötet und 29 verwundet. 66 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden totgedrückt in dem Gedränge, das infolge des panikartigen Schreckens am Eingang der Untergrundbahn entstand, wo die Menge Zuflucht suchte. Besonders getroffen wurde ein Hospital, wo 6 Personen getötet und 7 verwundet wurden.

Poincaré an den zerstörten Stellen.

— Berlin, 13. März. (3b.) Der „B. L.-A.“ meldet aus Genf: Poincaré verbrachte den jungen Samstag damit, die am meisten heimgesuchten Pariser Straßen zu durchfahren. Er besichtigte auch einige Ruinen in der Banneife von Paris.

## Der deutsche Luftangriff auf Neapel.

Berlin, 13. März. Der „B. L.-A.“ nennt den Angriff der deutschen Marinevertrikräfte der Luft auf Neapel verblüffend. In Italien scheint man durch den plötzlichen Besuch über der südlichsten Spitze der Halbinsel so überrascht worden zu sein, daß man nicht einmal feststellen konnte, welcher Art der Angriff war.

W. T.-B. Bern, 13. März. (Drahtbericht.) Laut einer Stefani-Meldung wurden bei dem Fliegerangriff auf Neapel 16 Personen getötet und 40 verwundet.

## Die Friedensbewegung in England.

W. T.-B. Bern, 13. März. (Drahtbericht.) In einer Versammlung in der Essex-Hall zu London am 6. März zur Unterstützung der Vorschläge Lansdownes wurde ein Schreiben Lord Barmors verlesen, der dem zweiten Brief Lansdownes vollen Beifall zollt. Lee Smiths führte aus: Das größte Hindernis für die Friedensverhandlungen liegt in dem Mangel einer gemeinsamen Politik der Alliierten. Obgleich sie einsehen würden, daß sie ihre höchsten Forderungen nicht durchsetzen könnten, blieben sie im Felde stehen, weil sie nicht den Mut hatten, sich um den Verhandlungsstisch zu setzen und sich darüber zu einigen, welche Forderungen ein jeder aufgeben soll. Das Vorgehen Japans werde neue Verwicklungen bringen. Kirch Cristy bemerkte dazu: Japans Vorgehen werde Rußland auf 50 Jahre für England verfallen und die englischen Fabrikanten eines ungeheuren Absatzgebietes berauben.

## Englands Ansat vor einem Welttribunal.

W. T.-B. Berlin, 12. März. Die „Morning Post“ schreibt unter dem 6. März, England könne sich mit einer Völkertage und mit einem Welttribunal nicht befremden, da diese England unter die Kontrolle des Auslandes bringen würden. „Soll England sich beugen“, fragt der Post, „kann das Tribunal einem Anspruch Spaniens auf Gibraltar, einem Anspruch Italiens auf Palto, einem arabischen Anspruch auf Aden, einem amerikanischen auf Kanada oder einem chinesischen auf Hongkong Recht geben?“

## Einlenkende Beurteilung des Lansdownischen Standpunkts in Paris.

W. T.-B. Bern, 13. März. (Drahtbericht.) „Journal du Peuple“ schreibt: Lansdownes Brief sei von außerordentlicher Wichtigkeit. Offizielle Verhandlungen, die er wie Herling befürworte, würden viele Widerstände aus der Welt schaffen. Was man auch von den Unterhandlungen befürchten könne, jedenfalls würden sie den Vorteil haben, die Mittelmächte zu einer klareren Umschreibung ihrer Kriegsziele zu bringen.

## Ein dritter interalliiertes Kriegsrat.

Br. Basel, 13. März. (Fig. Drahtbericht. 3b.) „Corriere della Sera“ meldet aus Rom, daß die dritte Konferenz des interalliierten Kriegsrats, die diesmal in London stattfindet, unmittelbar bevorstehe. Von italienischer Seite werde Orlando und Visolati teilnehmen.

W. T.-B. Paris, 13. März. (Drahtbericht.) Meldung der Agence Havas: Die italienischen Minister Orlando und Visolati sind in Paris angekommen.

## Die japanische Sibirien-Expedition.

W. T.-B. Tokio, 13. März. (Drahtbericht.) In Erwiderung einer Anfrage im Abgeordnetenhaus am 9. März erklärte Motono, er habe von den Alliierten keine Aufforderung erhalten, Truppen nach Sibirien zu schicken. Es bestehe aber andauernder Meinungsaustrausch. Eine nähere Erklärung würde unzeitgemäß sein. Der Führer der Opposition sprach zugunsten der militärischen Aktion. Der Premierminister erwiderte, bisher sei noch keine Entscheidung bezüglich der Truppenabsendung gefallen. Aber die Regierung widme ihr große Sorge.

## Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Br. Wien, 13. März. (Fig. Drahtbericht. 3b.) Die Verhandlungen in Bukarest werden erst am 14. März, d. h. also nach der Rückkehr Ardenjanus, in ihr entscheidendes Stadium treten. Was die rumänischen Petroleumfelder betrifft, so sollen diese mindestens teilweise unter die Grenzverwaltung an Ungarn fallen, aber von Deutschland, Österreich-Ungarn, Rumänien und Bulgarien gemeinsam verwaltet werden. Die Türken beteiligt sich nicht daran. Was die Frage anbelangt, in welchem Verhältnis Rumänien nach dem Friedensschluß zu den Mittelmächten treten soll, so ist anzunehmen, daß ein Ansuchen Rumaniens, in freundschaftliche Beziehungen zu diesen treten zu wollen, auf keine Ablehnung stoßen würde. Natürlich müßten dafür genügende Bürgschaften geschaffen werden. Die rumänischen Wünsche auf Angliederung gewisser Teile von Mesopotamien an Rumänien würden insofern berücksichtigende Unterstützung finden, als es sich hierbei um die von Rumänien bewohnten Gebietsteile Mesopotamiens handelt würde.

## Die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen.

W. T.-B. Wien, 13. März. (Drahtbericht.) Das ukrainische Bureau meldet: Kiener Blättern zufolge haben in Kiew die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine begonnen.

## Die Türken wieder in Erzerum!

Ein englischer Durchbruchversuch an der Palästinafront gescheitert.

W. T.-B. Konstantinopel, 13. März. (Drahtbericht. Amtlicher türkischer Bericht.) An der Palästina-Front herrschte, abgesehen von schwachem Artilleriefeuer, Ruhe. Die am 9. März bei Tagesanbruch beginnenden feindlichen Angriffe, die fast ohne Unterbrechung bis zum 10. März tief in die Nacht dauerten, wurden durch die heldenmütige Abwehr unserer Truppen abgeblasen. Das augenscheinlich vom Feind angestrebte Ziel des Durchbruchs an der Straße Jerusalem-Rablus scheiterte. Vor Erzerum leisteten die Armenier unserer Truppen ersten Widerstand. Nachdem noch gestern unser Angriff bis an die Drahtgitter einer besetzten Stellung vorgetragen worden war, wurden nachts in glänzendem Angriff die Hindernisse überrannt und die feindlichen Bunker zurückgeworfen. Unsere Truppen sind in Erzerum eingerückt und bemühen sich, die von den Armeniern verursachten Brände zu löschen.

## Die Frage einer selbständigen ungarischen Armee.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Wekerle.

W. T.-B. Budapest, 13. März. (Drahtbericht.) In dem Wahireformauschuß wurde von dem Abgeordneten Bakonyi eine Anfrage, betreffend die österreichische Erklärung in Sachen der Selbständigkeit der ungarischen Armee an den Ministerpräsidenten gerichtet. Dieser antwortete: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Frage einer selbständigen Armee eine Angelegenheit ausschließlich zwischen Sr. Majestät und der ungarischen Nation ist. Da die Führung und innere Organisation der Armee ein verfassungsmäßiges Recht Sr. Majestät ist, kann die selbständige Organisation der ungarischen Armee in dem verfassungsmäßigen Wirkungsbereich von Sr. Majestät selbständig durchgeführt werden. Wir haben diesbezügliche Zusicherungen erhalten. Trotzdem die Frage rechtlich derart steht, verhalten wir uns dem politischen Gesichtspunkte nicht der Aufforderung, daß die Frage der Armee, namentlich in wirtschaftlicher Beziehung, durch Verhandlungen mit der österreichischen Regierung geklärt wird. Doch haben diese Verhandlungen nicht die Bedeutung, daß die Bildung einer ungarischen Armee von diesem Übereinkommen abhängig sei. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde vom Ausschuß beifällig aufgenommen.

## Deutsches Reich.

Vorträge beim Kaiser in Berlin.

W. T.-B. Berlin, 13. März. (Drahtbericht. Amtlich.) Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern vormittag in Berlin eingetroffen. Der Kaiser empfing nach seinem Eintreffen den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und anschließend den Reichskanzler Grafen Hertling zum Vortrag. Später nahm der Kaiser den Generalstabsvortrag entgegen.

Erörterungen der Ostfragen beim Reichskanzler

Br. Berlin, 13. März. (Fig. Drahtbericht. 3b.) Die „Post“ schreibt: Neben den politischen Fragen bildete einen weiteren Punkt der gestrigen Beratungen mit dem Reichskanzler die Lösung des kurländischen Problems. Wie die „Post“ berichtet, sprach sich die Mehrheit, besonders der Abgeordnete Erz-









